

GROSSBRITANNIEN

Nostalgischer Räuber

Britanniens berühmtester Gangster ist pleite und kann nicht mehr für seine Arzt- und Pflegekosten aufkommen. Ronald Biggs, 71, der vor 35 Jahren aus London nach Rio de Janeiro flüchtete und mittlerweile nach drei Schlaganfällen nicht mehr sprechen kann, kündigte nun in einer E-Mail Scotland Yard seine Heimkehr an. In Großbritannien hätte Biggs Anrecht auf freie Gesundheitsversorgung. Den legendären Posträuber hat zudem die Nostalgie ereilt. „Als Engländer“, so offenbarte Ronnie seinen letzten Wunsch, möchte er noch mal in seiner Heimatstadt Margate „in einen Pub gehen und ein Pint Bitter bestellen“. Biggs hatte im August 1963 mit mindestens 15 Komplizen bei einem spektakulären Überfall auf einen Postzug 2,6 Millionen Pfund erbeutet, wurde aber bald verhaftet und zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach 15 Monaten konnte der vormalige Bauarbeiter mit einer Strickleiter aus einem Londoner Gefängnis fliehen und gelangte nach



Biggs

einer Gesichtsoperation in Paris über Australien nach Brasilien. Da er in Rio schnell eine Nackttänzerin schwängerte, lieferte ihn Brasilien nicht aus. Dank seines ausschweifenden Lebenswandels hat Biggs seinen Beuteanteil von 147 000 Pfund (nach heutigen Preisen rund fünf Millionen Mark) längst durchgebracht. Sein Anwalt in Rio bezweifelt dennoch, dass sein klammer Mandant sich wirklich stellt, wenn ihm seine britischen Verfolger nicht eine schnelle Begnadigung zusagen.

PRESSEFREIHEIT

Grenzen ziehen

Wladimir Gussinski, 48, Gründer und Minderheitsaktionär des privaten TV-Senders NTW in Moskau, ist vor dem Zugriff des russischen Staates zunächst nach Spanien geflüchtet, in der vergangenen Woche hielt er sich in Washington auf.

SPIEGEL: Hat die Pressefreiheit in Russland eine Zukunft?

Gussinski: Ja; aber leider kann ich nicht sagen, wann die Zukunft beginnt. Zurzeit gibt es keine Achtung vor der Pressefreiheit, dem Privatbesitz, den Gesetzen, vor einer unabhängigen Justiz und den Menschenrechten.

SPIEGEL: Kommt ein autoritäres Regime?

Gussinski: Das ist möglich – und wäre übrigens auch gefährlich für Russlands Nachbarn.

SPIEGEL: Immerhin gehen Russen für die Meinungsfreiheit auf die Straße.

Gussinski: Auf der letzten Demonstration zur Unterstützung



Gussinski



Demonstration für privaten Fernsehsender

des Fernsehsenders NTW haben sich 25 000 bis 30 000 Leute eingefunden, obwohl es ein verregneter Tag war. Zudem hatte die Regierung die Zufahrtswege gesperrt. Ich war überrascht.

SPIEGEL: Wie reagiert das TV-Publikum auf die Übernahme der Fernsehstation NTW durch den staatlich kontrollierten Energiekonzern Gasprom?

ZYPERN

Land und Truppen

Mit weitreichenden Zugeständnissen wollen Vereinte Nationen und Europäische Union versuchen, die Zypern-Türken zurück an den Verhandlungstisch zu locken. Die fünfte Gesprächsrunde über eine politische Lösung für die geteilte Insel – die Zypern-Griechen streben einen gemeinsamen Bundesstaat, die Zypern-Türken einen nur lose verknüpften Staatenbund an – war im vergangenen November von Rauf Denktas, dem Anführer der Zypern-Türken, abgebrochen worden. Im Juni soll den Insel-Türken die Zustimmung zu einer gemeinsamen staatlichen Dachkonstruktion mit einheitlicher Währung und der Zuständigkeit insbesondere für die Außenvertretung durch erhebliche Kompetenzen für die beiden Teilstaaten schmackhaft gemacht werden, so mit der Zustimmung für die Bereiche Wirtschaft oder Innere Sicherheit. Den Zypern-Türken will man überdies konzederen, als Garantiemacht gegen griechische Über-

griffe könnten sie ein Kontingent türkischer Truppen behalten, die seit der türkischen Invasion 1974 im Nordteil der Insel stehen. Auch soll der türkischen Minderheit, die bei über 20 Prozent der Bevölkerung 36,3 Prozent der Inselfläche beansprucht, nach einem Gebietstausch Schutz vor dem Aufkauf ihres Landes durch finanzstarke Zypern-Griechen geboten werden. Brüssel drängt auf eine baldige Verständigung, weil die Regierung Griechenlands ihr Ja zu der nur einstimmig zu beschließenden EU-Osterweiterung davon abhängig macht, dass Zypern notfalls auch ohne Lösung des Konflikts in die Gemeinschaft aufgenommen wird.





NTW in Moskau

Gussinski: Die Zuschauer votieren für wahre Nachrichten. NTW hat die Hälfte der Zuschauer verloren. Dagegen hat sich die Quote des Senders, bei dem meine NTW-Kollegen heute arbeiten, verdreifacht.

SPIEGEL: CNN-Gründer Ted Turner würde gern Ihre Minderheitsbeteiligung an NTW aufkaufen. Wie stehen die Verhandlungen?

Gussinski: Die Vereinbarung, die ich mit Turners Firma getroffen habe, gestattet es mir nicht, Einzelheiten auszuplaudern. Allerdings hat die russische Regierung alles

darangesetzt, Herrn Turners Investitionen in eine russische Fernsehgesellschaft zu verhindern. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass man ihm eine bestimmte Redaktionspolitik aufzwingen könnte, ist gleich null.

SPIEGEL: Wollen Sie nach Russland zurückkehren?

Gussinski: Eine Rückkehr würde wohl eine Reise ohne Wiederkehr. Wo ich künftig leben werde, kann ich noch nicht sagen; in Israel, nehme ich an.

SPIEGEL: Welchen Beistand erwarten Sie aus dem Westen?

Gussinski: Russland muss zur Beachtung von Grenzen gezwungen werden, die man nicht verletzen darf, wenn man Teil der zivilisierten Welt sein möchte. Dazu gehören Pressefreiheit, Menschenrechte und viele andere Dinge, die in Russland erst noch verwirklicht werden müssen. Das einzige Land der Welt, das solche Grenzen wirklich setzen kann, sind die Vereinigten Staaten.

SPIONAGE

Ami hört mit

Hinweise auf staatlich gelenkte US-Wirtschaftsspionage zum Vorteil amerikanischer Unternehmen beschäftigen Europa-Abgeordnete, die sich in einem Untersuchungsausschuss mit dem US-Satellitenabhörsystem „Echelon“ befassen. Nun wollen die EU-Parlamentarier bei einer Amerika-Reise vor Ort Erkundigungen einziehen, unter anderem bei Angehörigen von US-Geheimdiensten und im Washingtoner Handelsministerium. Das unterhält seit 1993 eine Art Regierungsagentur, die US-Unternehmen beim Erobern strategischer Auslandsmärkte unterstützt. Das „Advocacy Center“ interveniert beispielsweise bei fremden Regierungen, wenn sich eine US-Firma im Ausland unfair behandelt sieht. Zur Informationsbeschaffung soll sich die Agentur auch der Geheimdienste bedienen; so sollen CIA-Angehörige bei Sitzungen anwesend sein. Darauf weisen den Europäern zugespielte Protokolle hin. Washington hatte schon unter Präsident Clinton erklärt, dass eine neue



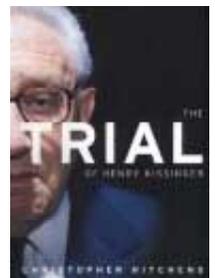
US-Abhörenanlage in Europa

Spionage-Doktrin nicht nur Militär und Politik, sondern auch die Wirtschaft umfasse. Europäische Unternehmen würden lediglich abgehört, um Embargobrüche oder Korruptionsfälle aufzuspüren; nachrichtendienstliche Erkenntnisse würden jedoch nicht an Firmen weitergegeben. Dieser Versicherung steht die Erklärung des Handelsministeriums entgegen, dass Hunderte von US-Unternehmen dank der Hilfe des Advocacy Center Aufträge an Land ziehen und europäische Wettbewerber „aus dem Rennen geworfen“ werden konnten.

BÜCHER

Nieten für den Staatsanwalt

Gelten die juristischen Maßstäbe, mit denen die internationale Gemeinschaft den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Slobodan Milošević misst, auch für andere Kriegsherren? Wenn wirklich ein britisches oder spanisches Gericht gegen den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet verhandelt hätte, wäre es ausgeschlossen, dass ein lateinamerikanisches Gericht eines Tages über Henry Kissinger urteilt – immerhin einen Verbündeten des Generals? Die Vehemenz, mit der die USA den geplanten Internationalen Strafgerichtshof ablehnen, zeigt immerhin die Furcht, dass gleiches Recht für alle gelten könnte. Erstmals unternimmt jetzt der britisch-amerikanische Journalist Christopher Hitchens den Versuch, eine Anklageschrift gegen den Friedensnobelpreisträger Kissinger zu erstellen, die es in sich hat*. Er will ihm Massenmord in Indochina nachweisen, die Verstrickung in diverse Putzsch zwischen Chile und Zypern oder das tatenlose Hinnehmen von



Massakern etwa im heutigen Bangladesch. Dennoch wird diese Philippika dem Beschuldigten kaum den Schlaf rauben – Gerichtsverwertbares ist nicht darunter. Erstaunlich eigentlich: Selbst für die völkerrechtlich dubiosen Unternehmungen der US-Regierung – etwa die Bombardierung Kambodschas oder die Verwicklung in den Sturz des chilenischen Präsidenten Salvador Allende – findet Hitchens, trotz neuer Dokumente, nicht die „smoking gun“, nicht den eindeutigen Beleg, der Kissinger eines Rechtsverstößes überführen würde. Was also bleibt außer den Nieten für den Staatsanwalt? Ein geradezu exemplarisches Pamphlet, in dem ein brillanter Vertreter der idealistischen amerikanischen Linken darüber klagt, dass es einem Realpolitiker europäischer Provenienz gelungen ist, dem Land die missionarische Unschuld der Aufbruch-Jahre unter John F. Kennedy zu rauben: Kissinger bleibt weiterhin der einzige namhafte Außenpolitiker, den rechte wie linke Amerikaner aus denselben Motiven heraus beschuldigen, nichts als ein skrupelloser Machtpolitiker zu sein.

* Christopher Hitchens: „The Trial of Henry Kissinger“. Verso-Verlag, London; 172 Seiten; 15 Pfund.